Preis der Fritz Thyssen Stiftung für sozialwissenschaftliche Aufsätze des Zeitschriftenjahrgangs 2010

Zum achtundzwanzigsten Mal wurden durch eine Jury die Preise der Fritz Thyssen Stiftung für die besten sozialwissenschaftlichen Aufsätze in deutscher Sprache vergeben. Der Thyssen-Preis ist der einzige Zeitschriftenpreis in den Sozialwissenschaften außerhalb des englischsprachigen Bereichs. Der Preis wurde von Prof. Dr. Dr. h.c. Erwin K. Scheuch initiiert und wird seit Beginn im Jahre 1981 durch die Fritz Thyssen Stiftung gefördert und durch das Forschungsinstitut für Soziologie der Universität zu Köln (bis 2006 durch das Institut für Angewandte Sozialforschung) koordiniert.

Die Auswahl der Arbeiten erfolgt in zwei Stufen. Die Herausgeber und Redakteure von fünfzehn deutschsprachigen Zeitschriften schlagen jeweils bis zu zwei Aufsätze vor, die anschließend von einer Jury begutachtet werden. Die am Verfahren beteiligten Zeitschriften sind: Berliner Journal für Soziologie, Geschichte und Gesellschaft, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Leviathan, Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Politische Vierteljahresschrift, Swiss Political Science Review (Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft), Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Sociologia Internationalis, Soziale Systeme, sozialer sinn, Soziale Welt, Zeitschrift für Politik, Zeitschrift für Soziologie.

Mitglieder der Jury sind zurzeit: Prof. Dr. Jens Alber (Wissenschaftszentrum Berlin), Prof. Dr. Rainer Geißler (Universität Siegen), Prof. Dr. Ralf Jessen (Universität zu Köln), apl. Prof. Dr. Gertrud Nunner-Winkler (Pullach), Prof. Dr. Heiner Meulemann (Universität zu Köln, Vorsitzender), Prof. Dr. Manfred G. Schmidt (Universität Heidelberg), Prof. Dr. Hans-Georg Soeffner (Universität Konstanz), Prof. Dr. Johannes Weiß (Universität Kassel).

Für das Jahr 2010 wurden von den Zeitschriftenredaktionen 26 Arbeiten zur Prämierung vorgeschlagen. In ihrer Sitzung am 08. Juli 2011 entschied die Jury, für diesen Jahrgang einen ersten Preis und zwei zweite Preise sowie einen dritten Preis zu vergeben.

Den ersten Preis (dotiert mit 1.500 Euro) erhalten:

Carina Schmitt und Herbert Obinger (beide Bremen): »Verfassungsschranken und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen im europäischen Vergleich« (Politische Vierteljahresschrift, Jg. 51, S. 643–664).

Die beiden zweiten Preise (jeweils dotiert mit 1.000 Euro) erhalten:

Anna Christmann (Bern): »Damoklesschwert Referendum? Die indirekte Wirkung ausgebauter Volksrechte auf die Rechte religiöser Minderheiten« (Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 16, S. 1–41)

und

Richard Münch (Bamberg): »Der Monopolmechanismus in der Wissenschaft. Auf den Schultern von Robert K. Merton« (Berliner Journal für Soziologie, Jg. 20, S. 341–370).

Den dritten Preis (dotiert mit 500 Euro) erhält:

Gert Pickel (Leipzig): »Säkularisierung, Individualisierung oder Marktmodell? Religiosität und ihre Erklärungsfaktoren im europäischen Vergleich« (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 62, S. 219–245).

Zur Begründung führte die Jury u.a. aus:

Mit dem ersten Preis des Jahrgangs 2010 zeichnet die Jury wieder einmal einen politikwissenschaftlichen Aufsatz aus. Die Autoren Schmitt und Obinger untersuchen in einer international vergleichenden Studie den Einfluss von Verfassungsschranken auf die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in 21 OECD Staaten zwischen den Jahren 1980 und 2009. Verfassungsschranken werden dabei verstanden als verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen, die sowohl den Zeitpunkt als auch den Umfang der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen beeinflussen, da sie unterschiedlich hohe Hürden für Privatisierungen darstellen.

Aus der rechtswissenschaftlichen Literatur kristallisieren die Autoren sechs Parameter heraus, die als privatisierungsrelevante Einflussgrößen intensiv diskutiert werden. Dies sind im Einzelnen: die verfassungsrechtliche Stellung des öffentlichen Dienstes; das Beruhen der Verfassung auf Gewohnheitsrecht; die verfassungsrechtliche Verankerung von sozialen Grundrechten; der Umfang des Staatsaufgabenkatalogs; das explizite Eingreifen der Verfassung in den legislativen Kompetenzbereich des Staates; die Festlegung von Staatsprinzipien in einer Verfassung. Insgesamt wird dann als forschungsleitende Hypothese davon ausgegangen, dass je stärker diese Parameter in einer Verfassung verankert sind, desto geringer wird die Privatisierungsintensität öffentlicher Dienstleistungen ausfallen (S. 649). Die

Autoren überprüfen diese Hypothese anhand der Privatisierungsentwicklungen in den Sektoren Post, Telekommunikation und Eisenbahn.

Nach einer systematischen Darstellung der Operationalisierungen der komplexen unabhängigen Variablen Verfassungsschranken anhand von Indikatoren für die sechs Parameter und der abhängigen Variablen Privatisierungsintensität erfolgt der empirische Test mit eigens dafür erhobenen Primärdaten.

Es kann auf der einen Seite gezeigt werden, dass die nationalen sektoralen Privatisierungsverläufe erhebliche Unterschiede im Timing und in der Reichweite formeller und materieller Privatisierung aufweisen. Zum anderen sind auch die verfassungsrechtlichen Schranken für Privatisierungen in den untersuchten Ländern sehr unterschiedlich ausgeprägt: hohe Hürden in Südeuropa und den deutschsprachigen Ländern, niedrigere in den englischsprachigen Ländern. Diese Unterschiede erklären dann auch die Varianz in der Intensität der Privatisierungen, wobei die Hypothese über den negativen Einfluss von Verfassungsschranken auf die Privatisierungsintensität für die Bereiche Telekommunikation und Bahn bestätigt wird, nicht dagegen für das Postwesen. Erklärt wird dieser Unterschied von den Autoren mit einem noch relativ geringen Grad der Privatisierung in diesem Bereich im Vergleich zu den beiden anderen Sektoren.

Der Aufsatz von Schmitt und Obinger behandelt nach Meinung der Jury in vorbildhafter Weise ein politisch relevantes und öffentlich stark diskutiertes Thema. Dies wird in mehrfacher Hinsicht innovativ abgehandelt: da ist einmal die Unterscheidung zwischen formaler und materieller Privatisierung, da ist zum zweiten die Entwicklung eines neuen Messansatzes für das Konstrukt Privatisierungsschranken und da ist letztlich die Erhebung eigener Primärdaten für den empirischen Test. Die Arbeit überzeugt in der Klarheit der Sprache, in der Stringenz der Argumentation und im Aufbau und der Durchführung. Sie ist in dieser Hinsicht ein beispielhafter empirischer Zeitschriftenaufsatz, der zugleich mit seinen Ergebnissen von erheblicher praktischer Relevanz für die Bereiche Politik und Verwaltung, sowie für die Rechtswissenschaft sein kann. Die Jury würdigt daher diese lesenswerte Arbeit durch die Vergabe des ersten Preises für den Zeitschriftenjahrgang 2010.

Die Jury spricht mit der Arbeit von Christmann einer weiteren politikwissenschaftlichen Abhandlung einen der beiden zweiten Preise für den Zeitschriftenjahrgang 2010 zu. Die Autorin behandelt in ihrem Beitrag die indirekte Wirkung ausgebauter Volksrechte (=Referenden) auf die Rechte

religiöser Minderheiten am Beispiel der Schweiz. Empirische Grundlage ihrer Untersuchung ist eine systematische Analyse von kantonalen Parlamentsprozessen mit Hilfe eines qualitativ orientierten statistischen Verfahrens.

In einem ersten Schritt werden – besonders für Nicht-Schweizer interessant und wichtig - der Untersuchungsgegenstand, also die parlamentarischen Prozesse und die Regeln zur Anerkennung von Religionsgemeinschaften in der Schweiz und den Kantonen vorgestellt und typologisiert. Schon in diesem ersten Teil der Arbeit wird deutlich auf die später für die gesamte Analyse so bedeutsamen Unterschiede dieser Prozesse in den einzelnen Kantonen und für die einzelnen Religionsgemeinschaften hingewiesen. Daran schließen sich theoretische Überlegungen an, in denen u.a. die unterschiedlichen Entscheidungslogiken von Parlamentsabstimmungen und Volksentscheiden herausgearbeitet und die Bedeutung von politischen Einstellungen der Eliten einerseits und der Bevölkerung andererseits betont werden. Diese Überlegungen führen die Autorin zur Aufstellung von vier Haupt- und zwei sog. Interaktionshypothesen, in denen die Beziehung intendierter Veränderungen von Anerkennungsregeln (liberale vs. restriktive Regeln) zu den tatsächlich beschlossenen Anerkennungsgesetzen thematisiert wird. Dabei kommt es darauf an, ob nur Teilrevisionen oder eine Totalrevision bestehender Regeln beabsichtigt sind und ob seitens der Eliten Volksentscheide befürchtet werden.

In der empirischen Analyse wird deutlich, dass Minderheitenrechte eher im Rahmen von Totalrevisionen umgesetzt werden, in denen keine Debatten über bevorstehende Ablehnungen durch einen Volksentscheid geführt wurden. Wurde darüber jedoch debattiert, kommen restriktive Regeln zum Tragen. Die Restriktion wird im Falle schlecht integrierter Minderheiten noch verstärkt, etwa bei der Anerkennung des Islam als Religionsgemeinschaft und der Befürchtung einer Ablehnung der Vorlage durch das Volk.

Mit den Ergebnissen ihrer Studie kann die Autorin die postulierte indirekte Wirkung von Volksentscheiden auf den parlamentarischen Beratungs- und Entscheidungsprozess gestützt werden. Der parlamentarische Output in Demokratien mit ausgebauten Volksrechten ist damit ein anderer und unterliegt anderen Logiken als in reinen Repräsentativdemokratien. Die von der Autorin geäußerte Vermutung, dass er näher an der Meinung und den Einstellungen des sog. »Medianwählers« liege, kann mit den hier genutzten Daten nicht beantwortet werden. Eindeutig ist jedoch,

dass ausgebaute Volksrechte in Anerkennungsfragen eine negative Auswirkung für die Anerkennung religiöser Minderheiten haben. Zudem ist entscheidend, um welche Art von Minderheit es sich dabei handelt.

Die Jury zeichnet den Aufsatz von Christmann mit einem zweiten Preis aus. Sie hält ihn für eine – im Rahmen qualitativer empirischer Analysen – souverän geschriebene und geschickt argumentierende politikwissenschaftliche Abhandlung, die zudem, zumindest mit Bezug auf die Schweiz, ein aktuelles Thema aufgreift. Es ergeben sich aber auch Anschlussmöglichkeiten an die grundsätzliche Diskussion über die Integration von Minderheiten jedweder Art in ihren jeweiligen Mehrheitsgesellschaften.

Mit einem weiteren zweiten Preis wird der Aufsatz von Münch ausgezeichnet, in dem kenntnis- und argumentationsreich die zunehmende Ökonomisierung der Wissenschaft problematisiert wird. Ausgangspunkt der Erörterungen des Autors ist die These, dass »die im Kontext der weltweiten Verbreitung von New Public Management (NPM) zu beobachtende Umwandlung von Universitäten in Unternehmen, die sich einem Wettbewerb um Wissenschaftler, Studierende und Forschungsgelder liefern, den Monopolmechanismus befeuert« (S. 342). Es wird der Nachweis geführt, dass dieses neue, output-orientierte Leitbild einer Wissenschaftsförderung gerade nicht den wissenschaftlichen Wettbewerb um die besten zukunfts-orientierten Ideen beflügelt, sondern zu oligopolistischen Strukturen im Wissenschaftsbetrieb führt, in denen Leistungs- und Prestigestrukturen langfristig festgeschrieben werden.

Die Wirkungsweise des auch im Bereich der Wissenschaft auf Marktmacht basierenden Monopolmechanismus – im Sinne des durch R. K. Merton bekannt gewordenen Matthäus Effektes –, wird im Aufsatz an zwei Beispielen auf überzeugende Art und Weise dargestellt: Zum einen an der Hierarchisierung von Fachzeitschriften auf Grund der Dominanz des vermeintlich Qualität verbürgenden Impact Factors und zum Anderen, eng damit verbunden, an der Hierarchisierung ganzer Fachbereiche und Universitäten. Der Autor zeigt auf, dass in der Wissenschaft materielle und symbolische Mechanismen zusammenwirken und über eine weltweite Integration des Feldes eine übergreifende, globale Ungleichheit erzeugt wird, die das frühere fruchtbare Nebeneinander nationaler Wissenschaftssysteme und Fachkulturen abgelöst hat. Verantwortlich hierfür sind nach Auffassung des Autors die weltweiten Reformen nach der Leitidee des NPM und neue Instrumente der Qualitätssicherung. Marktmacht und Exklusivität führen damit auch in der Wissenschaft zur Kapitalakkumulation und

lassen auf der Basis neuer Steuerungsleitlinien in weitgehend noch unregulierten Märkten die Unterschiede zwischen Ländern, umso stärker hervortreten: So ist etwa global gesehen, Wissenschaft und Forschung in den USA dem Rest der Welt in den letzten Jahrzehnten weit enteilt. Aber auch auf nationaler Ebene verstärken sich die Unterschiede zwischen Universitäten nicht nur in den USA, sondern auch in Großbritannien und in Deutschland. Hier besonders zwischen den hochschulfreien Forschungseinrichtungen und denen in Universitäten.

Gibt es Möglichkeiten, diesen Entwicklungen, vom Verfasser als Schließung der Wissenschaftsevolution bezeichnet, entgegenzuwirken? Dieser Frage widmet sich der letzte Teil des Aufsatzes, in dem drei Strategien herausgearbeitet werden, die dem Matthäus Effekt widerstehen könnten. Da ist einmal die Verstärkung der Pluralität von Instanzen der Qualitätssicherung, da ist zum Zweiten der Aufbau von Gegenmacht zur vorhandenen Macht im Sinne der Stärkung traditioneller wissenschaftlicher Leitideen wie sie etwa von Merton identifiziert wurden: Universalismus in der Begründung von Wissen, Kommunismus in der Teilhabe am Wissen, Skeptizismus in der Einstellung zum Wissen und Uneigennützigkeit in der Generierung von Wissen. Hinzukommen muss letztlich eine stärkere Öffnung von Spielräumen für methodologische Vielfalt.

Die Arbeit von Münch greift nach Auffassung der Jury ein aktuelles und brisantes Thema der Wissenschaftsforschung auf und ist damit gleichzeitig auch wissenschaftspolitisch hoch relevant. Auf der Basis eines logischen Aufbaus mit einer klaren Hypothese direkt am Anfang der Arbeit, gelingt dem Autor der Nachweis, dass die momentan favorisierte Form der Steuerung wissenschaftlicher Forschung den Erkenntnisfortschritt nicht notwendig fördert, sondern den Wettbewerb um wissenschaftliche Ideen nachhaltig behindert. In einem in Teilen sich selbst verstärkenden Prozess reproduzieren sich bestehende Ungleichheits- und Machtverhältnisse im Feld der wissenschaftlichen Forschung. Es ist das Verdienst des Autors, die entsprechenden empirischen Belege für diesen Monopolmechanismus in überzeugender Art und Weise mit seinen konflikttheoretischen Ausführungen zu verbinden und damit eine Arbeit vorzustellen, die von der Jury als insgesamt vorbildhaft angesehen und daher mit einem der beiden zweiten Preise ausgezeichnet wurde.

Mit dem dritten Preis für den Zeitschriftenjahrgang 2010 wird eine religionssoziologische Arbeit von *Pickel* ausgezeichnet. Theoretische Ausgangspunkte bilden die drei in der aktuellen Religionssoziologie dominie-

renden Ansätze: die traditionell bedeutsame Säkularisierungstheorie, die Individualisierungstheorie und das aus der US-amerikanischen Diskussion stammende Marktmodell des Religiösen. Es wird der Frage nachgegangen, inwieweit diese drei theoretischen Grundpositionen auf die Entwicklung der Religiosität und Kirchlichkeit im geeinten Europa anwendbar sind bzw. ob zusätzliche, gerade für Europa gültige Annahmen notwendig sind, um religiöse Vitalität besser erklären zu können.

Im Anschluss an eine Gegenüberstellung der theoretischen Ausgangsbedingungen folgt eine kurze Darstellung der Datenbasis (Daten aus den World Values Surveys, dem International Social Survey Program, dem Eurobarometer und dem European Social Survey) und der wichtigsten Indikatoren und Operationalisierungen. Daran schließt sich die Erörterung der Frage an, ob für den Fall Europa von einem Rückgang oder einer Revitalisierung kirchlicher Integration auszugehen ist. Mit wenigen Ausnahmen existiert in Europa zwanzig Jahre nach den politischen und sozialen Umbrüchen immer noch eine weit verbreitete Kultur einer formalen Kirchenzugehörigkeit. Die hierbei festzustellenden länderspezifischen Unterschiede verstärken sich bei der Betrachtung eines weiteren Indikators für religiöse Vitalität, dem Gottesdienstbesuch. Hier werden erste Anzeichen für die Notwendigkeit eines Rückgriffs auf historisch-kulturelle Erklärungen beobachtbar, mit denen der Autor das empirische Fundament der Säkularisierungstheorie zu stärken beansprucht.

Dieses Argument einer kulturellen Pfadabhängigkeit des Religiösen in Europa steht in den weiteren Abschnitten des Aufsatzes im Vordergrund der Ausführungen. Hier werden die drei theoretischen Ansätze direkt einander gegenübergestellt: einmal steht die Alternative Säkularisierung oder Individualisierung im Zentrum der Erörterungen und dann die Alternative Säkularisierung oder Marktmodell. Die Ergebnisse zur ersten Frage bestätigen die Vermutung des Autors, dass Prozesse der Individualisierung in Europa eher konform mit denen der Säkularisierung verlaufen und keine eigenständige Erklärung für die Entwicklung des Religiösen in den letzten zwanzig Jahren bieten. Die Ergebnisse der zweiten Gegenüberstellung zeigen, dass die Kernannahmen des Marktmodells für Europa nicht zutreffen. Zusammenhänge zwischen staatlicher Regulierung des Religiösen und religiösem Angebot auf der einen Seite und zwischen Wettbewerb auf dem religiösen Markt und religiöser Vitalität auf der anderen Seite sind für europäische Länder nicht in gleicher Weise beobachtbar wie in den USA bzw. sie weisen in eine den Annahmen des Marktmodells entgegenstehende Rich-

tung. Damit bestätigt sich die Annahme des Autors, dass in Bezug auf die Relevanz des Marktmodells Europa offensichtlich als ein Sonderfall betrachtet werden muss, in dem die Grundannahmen des Modells nicht gelten.

Zusammenfassend kommt Pickel nach seinen differenzierten Analysen zu dem Schluss, dass einerseits die Säkularisierungstheorie immer noch hilfreich für die Erklärung der religiösen Entwicklung in Gegenwartsgesellschaften ist. In dieser Hinsicht ist sie den beiden anderen theoretischen Ansätzen überlegen. Andererseits deuten die komparativen Ergebnisse darauf hin, »dass ein allein auf Modernisierung und ihren Dynamiken beruhendes Modell zur Erklärung religiöser Vitalität nicht ausreicht« (S. 239). Die Entwicklungen in den europäischen Ländern mit ihren je spezifischen kulturellen Pfaden müssen in den Ansatz der Säkularisierungstheorie eingebunden und in die empirischen Analysen eingebracht werden. Zu diesen kulturellen Pfaden gehören etwa die konfessionellen Traditionen und Prägungen oder die in der Vergangenheit staatlicherseits ausgeübten Repressionen des Religiösen. Der Autor plädiert abschließend dafür, eine »kontextualisierte Säkularisierungstheorie« zum Bezugsrahmen einer empirischen Erfassung und Deutung der Entwicklung von Religiosität in Gegenwartsgesellschaften zu machen.

Die mit einem dritten Preis ausgezeichnete Arbeit von Pickel stellt nach Meinung der Jury einen vorbildhaften theoriegeleiteten empirischen Aufsatz dar, in dem besonders sein Aufbau, seine durchgängig klare und abwägende Argumentation und eine systematische empirische Prüfung der Hypothesen hervorzuheben sind. Die Ergebnisse der Analysen sind zudem innovativ, als sie in der Lage sind, religionssoziologische Fragestellungen wieter anzuregen und zu präzisieren.

Karl-Wilhelm Grümer

Habilitationen

Dr. Takemitsu Morikawa hat sich am 24. Januar 2012 an der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Verortung Japans. Der Schriftsteller Mori Ôgai, interkulturelle Vermittlung und Romantik«. Die venia legendi lautet Kultursoziologie.

Call for Papers

Soziale Ungleichheit und transnationales Kapital

Tagung der Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse in Kooperation mit dem DFG-Projekt Transnationales Bildungskapital und soziale Ungleichheit, WZB Berlin, 9. und 10. November 2012

Die nationalstaatlich verfassten Gesellschaften befinden sich spätestens seit den 1970er Jahren des letzten Jahrhunderts in einem tief greifenden Transformationsprozess, den viele Autoren mit den Begriffen Globalisierung und Transnationalisierung beschrieben haben. Die Veränderungen dieser Kontextbedingungen sind mit neuen Anforderungen an und Chancen für die Menschen verbunden. So hat sich das Anforderungsprofil an die Berufstätigkeit und die dort nachgefragten Qualifikationen im Zeitverlauf verändert. »Transnationales Kapital« – Ausbildung im Ausland, Auslandserfahrung, Mehrsprachigkeit – scheint zu einem zunehmend nachgefragten Qualifikationsmerkmal geworden zu sein.

Im Mittelpunkt der Tagung stehen dabei sowohl die Analyse der sozialstrukturellen Voraussetzungen der Entstehung von transnational verwertbaren Fertigkeiten und Zertifikaten (die dann wiederum zur Entstehung einer transnationalen Elite beitragen) als auch die Frage nach den möglicherweise sozial ungleich verteilten Verwertungsmöglichkeiten transnationalen Kapitals. Somit wird zum einen vor allem auf die familialen und institutionellen Bedingungen fokussiert, die zur Ausbildung von transnationalem Bildungskapital und von transnationalen Eliten beitragen. Zum anderen geht es um eine genauere Klärung, unter welchen Voraussetzungen und in welchen Kontexten transnationales Kapital auf den weiteren Ausbildungs- und Berufsweg einwirkt und inwieweit dabei bestehende soziale Ungleichheiten reproduziert oder verändert werden.

Auf der Individualebene sollen folgende Fragen im Mittelpunkt stehen: In welchem Maße ist die Verfügung über transnationales Bildungskapital

ähnlich wie andere (Humankapital-)Ressourcen sozial ungleich verteilt, so dass manche Menschen besser auf das veränderte Anforderungsprofil antworten können als andere. Konkret: Welche Schüler verbringen ein Jahr im Ausland, gehen auf internationale Eliteschulen, besuchen zweisprachige Schulen? Welche Eltern schicken ihre Kinder in internationale Kindergärten und verschaffen damit ihren Kindern frühzeitig einen Vorsprung? Welche Motive und Begründungen liegen den Investitionsentscheidungen der Eltern zu Grunde? Wie wird transnationales Kapital auch innerhalb der Familien vermittelt? In welchem Maße wirkt sich das frühzeitig erworbene transnationale Bildungskapital auf den weiteren Ausbildungsweg und den Berufseinstieg aus? Werfen die getätigten Investitionen tatsächlich die antizipierten Renditen ab? Lassen sich Unterschiede in der »Wertigkeit« transnationalen Kapitals identifizieren?

Auf der Meso- und Makroebene stellen sich folgende Fragen: Welche Infrastruktur an Anbietern auf dem Bildungsmarkt hat sich im Zeitverlauf entwickelt, die sich auf die Ausbildung transnationaler Eliten bzw. die Vermittlung transnationalen Kapitals spezialisiert haben (Privatschulen, Internate, Vermittlungsagenturen)? Inwiefern wirken diese Anbieter selbst auf den weiteren Ausbildungsweg von Schülern ein? In welchem Maße ist der Zugang zu diesen Institutionen von Ressourcen abhängig, die wiederum sozial ungleich verteilt sind? Welche Skripte und Ideologien von der Notwendigkeit zur Transnationalisierung entwickeln diese Institutionen? Wie verteilt sich transnationales Kapital entlang bestimmter sozialstruktureller Kategorien in der Bevölkerung? Welche Rolle spielt transnationales Kapital bei der (Re-)Produktion von Klassenverhältnissen?

Reisekosten für Referenten und Referentinnen können voraussichtlich anteilig übernommen werden. Mitverantwortlich für die Tagung aus dem Vorstand der Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse ist Prof. Dr. Steffen Mau (Universität Bremen). Vortragsangebote mit einem maximal 1-seitigen Abstract werden bis zum 30. April 2012 per E-Mail erbeten an:

Prof. Dr. Jürgen Gerhards Dr. Silke Hans

Dipl.-Sozw. Sören Carlson

E-Mail: transnat2012@zedat.fu-berlin.de

Kampf um Images

Tagung der Sektion Kultursoziologie, Justus-Liebig Universität Gießen, 9. und 10. November 2012

Der Kampf um Bilder, um ihre Herstellung, ihren Einsatz, ihre Rezeption und Bedeutung reicht sehr weit in die Kulturgeschichte zurück. Frühe Beispiele finden sich im Bereich religiöser Darstellungen oder der Ikonographie von Macht und Herrschaft – etwa als ikonoklastische Bewegungen oder Auseinandersetzungen um den Bildleib des Königs.

Von einem Kampf um Images zu sprechen bedeutet, einem Medienumbruch und einem damit zusammenhängenden soziokulturellen Wandel Rechnung zu tragen, mit dem die Kämpfe um Bilder neue Formen und Funktionen annehmen. Denn mit der Einführung technischer Bildmedien verändern sich der Stellenwert und die Bedeutung öffentlich kommunizierter Bilder und der daran angeschlossenen Formen der Vergesellschaftung und damit auch die bildbezogenen Konfliktlagen: Zum einen verkoppeln vrealistischer Bilder die gezeigten Oberflächen in neuer Weise mit der Identität der in ihnen zur Erscheinung gebrachten Objekte. Zum anderen führt die technische Reproduzierbarkeit, Vermassung und Marktförmigkeit der Bilder zur Entstehung öffentlicher (Bild-)Räume, in denen die Identitäten verschiedener Sinnangebote primär über Bilder kommuniziert werden. Und nicht zuletzt steigern die neuen Bildmedien (beginnend mit der Fotografie im 19. Jahrhundert) die Partizipationsmöglichkeiten breiter Teile der Bevölkerung auf der Seite der Medienproduktion.

Die Tatsache, dass das Wort *Image* in den 1950er Jahren Eingang in die Alltagssprache findet und nunmehr einen Topos der Gegenwartsgesellschaft darstellt, ist ein Indiz dieser Entwicklungen. Das Wort zielt nicht auf die in den Kunst- und Bildwissenschaften tradierte Unterscheidung von image und picture, mit der darauf hingewiesen wird, dass in visuellen Bildern (picture) ein Sujet (image/imago) zum Tragen kommt, dass also im Medium des Sichtbaren das Unsichtbare (Vorstellungen, (Stereo-)Typen, Ideen, Theorien) angespielt wird. Es bringt vielmehr die *Reflexivität* im Umgang mit Bildern und deren *Identitätsbezug* zum Ausdruck: Man spricht von etwas als einem *Image* im Bewusstsein darum, dass es sich nicht um die Identität des Objektes *an sich*, wohl aber um eine (visuelle) Darstellung mit Identitätsrelevanzen und -ansprüchen handelt.

Ausgehend von diesem Befund verstehen wir unter Image-Kommunikation Prozesse der Schematisierung von Identität, in denen medial ver-

breitete Bilder und Bildkomplexe als Bezugsrahmen der *Identifizierung* und *Qualifizierung* sozialer Objekte (Dinge, Personen, Gruppen, Organisationen u.a.) genutzt und reflektiert werden. Dieser Prozess kann sich produktiv in der ästhetischen Produktion ebenso ereignen wie in der Medienrezeption, die eine Darstellung als Image identifiziert. Einzelne Images sind diesem Verständnis zufolge Entitäten, die im Prozess der Image-Kommunikation über Wiederholungen und Typisierungen kondensieren und durch ein jeweils spezifisches Bündel visualisierter Identitätsattribute gekennzeichnet sind. Die Bedeutungsmodulationen von Imagex in verschiedenen Anwendungskontexten des Alltags haben ihren Kern, ihren Ausgangs- und Haltepunkt in den über die Verbreitungsmedien reproduzierten Bild-Images und den stärker formalisierten und professionalisierten Image-Kommunikationen (z.B. der Werbung).

Indem nun Images in die verschiedenen sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Kontexte eingebettet sind, stehen sie notwendigerweise im Spannungsfeld unterschiedlicher Figurationen mit unterschiedlichen Interessenlagen. So kämpfen nicht nur Politiker, sondern auch Konsumprodukte, Non-Profit-Organisationen, Kirchen, soziale Bewegungen und neuerdings auch Bildungseinrichtungen (z.B. Universitäten) auf verschiedenen (Medien-) Bühnen um sgutec (Bild-)Images. Image-Kämpfe liegen dabei umso näher, als unter computerisierten Medienbedingungen (u.a. Internet) die Partizipationsmöglichkeiten und damit auch die (Image-)Konkurrenzbedingungen nochmals forciert werden.

Im Unterschied zur politischen Ikonographie, die sich vorwiegend mit Visualisierungen institutionalisierter Macht beschäftigt, sollen im Rahmen der Tagung Kontexte und soziale Prozesse in den Blick genommen werden, in denen Images als Ressource der Herstellung und Erhaltung von Anerkennung, Macht und Teilhabe eine wichtige Rolle spielen. Mit dem Begriff des Kampfes können dementsprechend – Max Weber folgend – Prozesse gemeint sein, die Macht nicht voraussetzen, wohl aber als »Bewerbung um Verfügungsgewalt über Chancen« zu verstehen sind, aber auch – Foucault folgend – Widerstand, der sich als durchsetzungsfähiger Gegenspieler der Macht entfaltet. Die Tagung will Image-Kämpfe im Rahmen verschiedener gesellschaftlicher Felder und deren Auseinandersetzungspotential ergründen (Interaktionen, Organisationen/Institutionen, Netzwerke, Kulturen, Felder, Subsysteme).

Dabei können Images von

- Weiblichkeit/Männlichkeit
- Jugend/Alter
- Modernität/Tradition
- Heteronormativität/Queerness
- sozialer Distinktion und vielem mehr angesprochen werden.

Von Interesse können dabei Fragen wie die folgenden sein: Mit welchen Inszenierungsformen und Semantiken werden Image-Erfolge angezielt? Welche Konkurrenzbedingungen und Regeln bestimmen im jeweiligen Kontext den Kampf um Images? Wie stehen Formen institutionalisierter und nichtinstitutionalisierter Macht im Kampf um Images in Beziehung? In welchen Bereichen und wozu sind Images Kampfmittel? Welche Bedingungen (sozialen Ordnungen) entscheiden über die Kampfmittel, das Verhalten der Image-Kämpfer und deren (Miss-)Erfolge?

Wir freuen uns auf theoretische und empirische Beiträge, die sich mit den genannten Fragen auseinandersetzen und einen Beitrag dazu leisten wollen, den »Kampf um Images« in unterschiedlichen Bereichen zu umreißen. Wir bitten um Exposés (max. 2500 Zeichen) und einer Kurzbiografie bis zum **26. Mai 2012** an:

Prof. Dr. Jörn Ahrens Joern.Ahrens@sowi.uni-giessen.de

Prof. Dr. Lutz Hieber Hieber@ish.uni-hannover.de

Dr. York Kautt York.Kautt@sowi.uni-giessen.de

Studentisches Soziologiemagazin

Themenheft: Wirtschaft – Arbeit – Märkte. Der »Unternehmer als schöpferischer Zerstörer«?

Diese Frage stellten sich schon Joseph Schumpeter und Werner Sombart, aber auch für die Klassiker Karl Marx, Georg Simmel und Max Weber standen die gesellschaftlichen Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft, Ar-

beit und Märkten im Vordergrund. Willkommen sind in unserer nächsten Ausgabe wieder alle soziologischen Zugänge und Methoden, sodass sich der Blick auf die ökonomischen Akteure und Praktiken, ebenso aber auch auf Marktstrukturen oder Finanzsysteme richten kann. Folgende Fragen können für deinen Beitrag als Orientierung dienen:

Welche gesellschaftlichen Wechselwirkungen bestehen zwischen Religion, Kultur, Geschlecht und Wirtschaft? Inwieweit beeinflussen Wirtschaftsinteressen innovatives Handeln? Wie werden nachhaltiges Handeln und ein alternativer Konsumstil möglich?

Welchen Wandel erfährt die Ware Arbeit in der Innovations- und Wissensgesellschaft? Werden wir alle zu Arbeitskraft- oder KreativunternehmerInnen? Welche Auswirkungen hat das Internet auf unsere Arbeitsformen? Was wird aus den Gewerkschaften?

Was bedeutet das »unternehmerische Selbst« für unseren Alltag? Wie prägen sich in den sozialen Praktiken unterschiedliche Marktrationalitäten aus? Stehen Marktmächte und Massenproteste in Beziehung? Was sagt der Preis über gesellschaftliche Güter aus? Nachdem das Geld die Märkte demokratisiert zu haben schien, üben Finanzinstitutionen nun großen Einfluss aus – tritt das Geld, wie Georg Simmel einst fragte, an die Stelle Gottes?

Der Weg zur ersten Publikation - Wie wird's gemacht?

Du hast einen Vortrag gehalten, eine Hausarbeit oder einen längeren Essay zu diesem Themengebiet geschrieben und möchtest deine Ergebnisse in Form eines Artikels in den nachwuchswissenschaftlichen Diskurs einbringen? Dann freuen wir uns über Deine Einsendung! Du kannst uns auch – themenunabhängig – weitere soziologische Beiträge, Rezensionen oder Tagungsberichte schicken. Unsere aktuellen »Hinweise für AutorInnen« findest du auf www.soziologiemagazin.de. Sende deinen Beitrag bis zum 1. Juni 2012 an redaktion@soziologiemagazin.de.

Tagungen

The Marketization of Society: Economizing the Non-Economic

Conference organized for the DGS-sections Sociological Theory and Economic Sociology, University of Bremen, June 1 and 2, 2012

The marketization of contemporary society, especially of non-economic sub-systems such as health care, education, arts, or science, has been a hot topic of public debates as well as a subject of many empirical studies. Since the market as a basic governance mechanism is primarily associated with the economic sub-system of modern society, marketization can be seen as the mechanism by which other societal sub-systems are subjected to a deliberate policy of economizing. That is to say, the sub-systems' actors increasingly have to take financial profits and costs into consideration.

Several empirical studies of particular sectors of society provide us with most of the specific empirical knowledge we have about marketization and economizing whereas theories of society, economic sociology, and governance studies aim at a more generalized theoretical level of analysis. Since there have already been numerous national and international sector-specific conferences about the marketization and economizing of higher education, cultural institutions, or health care, among others, this conference will focus on a more general theoretical level. In particular, the following questions are guidelines for presentations and discussions:

How can the economizing of the non-economic spheres of society be conceptualized? What are the constitutive properties of this phenomenon, and what types of it can be distinguished – with marketization as a prominent but not the only type?

How do dynamics of economizing and marketization proceed? What are their origins, conditions, and mechanisms, and what determines their strength? How do typical conflicts about the introduction and establishment of measures of economizing look like?

What are the consequences of economizing and marketization? To which extent are intended consequences reached, and which unintended and undesired consequences happen? Which functional and dysfunctional outcomes can be discerned, and from whose perspective?

The conference program includes presentations by:

Bob Jessop (Lancaster): Understanding the »economization« of social formations Alexander Ebner (Frankfurt am Main): Reflections of marketization building on the perspectives of Polanyi and Habermas

Patrick Le Galès (Paris): The role of the state in the economization of noneconomic sectors of society

Andreas Langenohl (Gießen): The economy, the market, and exchange: Notes on non-identities

Ulrich Bröckling (Freiburg): The subject in the marketplace

Ingo Bode (Kassel): Welfare markets in retirement provision and elderly care: Two stories, one culture

Tanja Klenk, Jonas Pieper (Potsdam, Bremen): Picking the cherry or biting the bullet? How social conflicts about privatization challenge the legitimacy of public and private actors

Gernot Grabher, Jonas König (Hamburg): From emergence to economization – Reflexive relationship management on social network sites

Dominik Akyel (Köln): From de-traditionalization to prize-consciousness: The economization of funeral consumption in Germany

Ivonne Küsters (Dortmund): Exploring the marketization of art in music managers' practises

Marino Regini (Milan): A marketization of European universities? The role of external demand and internal actors

Michael Hölscher (Heidelberg): How do varieties of capitalism influence marketization in higher education? A comparison of 22 OECD countries

Thorsten Peetz (Berlin): Mechanisms of economization in educational organizations

Jens Schlamelcher (Bochum): From community to marketised organisation: Transformations of German parishes

Anna Henkel (Bielefeld): Economization, managerialization, and reification. Societal conditions of economizing pharmacists and the church